



Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss

NAT/788

Für eine strukturierte Einbeziehung junger Menschen in Klima- und Nachhaltigkeitsfragen

STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

**Für eine strukturierte Einbeziehung junger Menschen in den EU-Beschlussfassungsprozess in
Klima- und Nachhaltigkeitsfragen
(Initiativstellungnahme)**

Berichterstatter: **Cillian LOHAN (IE-III)**

Beschluss des Plenums	20/02/2020
Rechtsgrundlage	Art. 32 Abs. 2 GO Initiativstellungnahme
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt
Annahme in der Fachgruppe	08/07/2020
Verabschiedung auf der Plenartagung	18/09/2020
Plenartagung Nr.	554
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	216/0/2

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Die generationenübergreifende Natur der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik und ihrer Umsetzungsmechanismen muss sich in einer starken, sinnvollen Einbindung junger Menschen in allen Phasen des EU-Beschlussfassungsprozesses widerspiegeln, von der Ausarbeitung von Legislativvorschlägen und Initiativen über die Durchführung bis hin zur Überwachung und Weiterverfolgung.
- 1.2 Für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele durch den europäischen Grünen Deal ist ein neues Konzept erforderlich: ein inklusiveres Multi-Stakeholder-Governance-Modell, bei dem die Teilhabe junger Menschen ein zentrales Anliegen ist und weit über Ad-hoc-Sitzungen und bloße Aufforderungen zur Konsultation hinausgeht.
- 1.3 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) schlägt die Einrichtung von Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdebatten vor, die vom EWSA in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament ausgerichtet werden sollten.
- 1.4 Der EWSA schlägt zudem die Aufnahme einer/eines Jugenddelegierten in die offizielle EU-Delegation für die Vertragsstaatenkonferenzen der UN-Klimarahmenkonvention vor. Darüber hinaus schlägt er vor, eine(n) Jugenddelegierte(n) als zusätzliches Mitglied in die EWSA-Delegation aufzunehmen, die bei solchen Veranstaltungen Beobachterstatus hat.
- 1.5 Der EWSA ist bestrebt, der Stimme von jungen Menschen und Jugendorganisationen durch eine angedachte Einbeziehung ihrer Standpunkte in Stellungnahmen zu Klima- und Nachhaltigkeitsfragen mehr Gehör zu verschaffen, indem er proaktiv Beiträge von Jugendvertreterinnen und Jugendvertretern einholt und sie regelmäßig als Redner zu EWSA-Veranstaltungen einlädt. Er wird andere EU-Institutionen, beispielsweise das Europäische Parlament, auffordern, Jugendvertretern die gleichen Chancen einzuräumen, um gehört zu werden.

2. **Einführung**

- 2.1 Die Agenda 2030 und die 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) der UN¹ stellen insofern einen Wendepunkt bei der Lösung globaler Probleme dar, als die internationale Gemeinschaft beschlossen hat, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Dimension in einer integrierten Weise zu berücksichtigen. Die Agenda 2030 stellt den Menschen in den Mittelpunkt und zielt darauf ab, niemanden zurückzulassen, und Nachhaltigkeit geht mit Generationengerechtigkeit einher. Die jüngeren Generationen sollten nicht damit allein gelassen werden, die Folgen einer nicht nachhaltigen Politik zu bewältigen, die sie nicht mitgestaltet haben.
- 2.2 Die Welt steht heute vor einem Klimanotstand. Die Regierungen haben bislang nicht angemessen auf die Klimakrise reagiert, und die Welt ist nicht auf Kurs für die Ziele des Übereinkommens von Paris und die SDG. Die Zivilgesellschaft fordert dezidiert ehrgeizigere

¹ [UN sustainable development goals.](#)

und dringende Klimaschutzmaßnahmen. Am drastischsten kommt diese Forderung in den Schulstreiks für das Klima zum Ausdruck.

- 2.3 Das erste Halbjahr 2020 ist von der Covid-19-Pandemie gekennzeichnet. Die beispiellose Reaktion auf dieses Virus wird sich dauerhaft auf die kurz- und langfristigen Wirtschaftsprognosen auswirken. Es gilt, die Gestaltung der finanziellen Maßnahmenpakete im Auge zu behalten. Die jungen Menschen drängen auf den Arbeitsmarkt und werden die finanziellen Auswirkungen der Covid-19-Krise auch künftig spüren. Zudem werden sie auch weiterhin die Folgen der Covid-19-Krise für ihre psychische Gesundheit, ihre Bildungschancen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft insgesamt zu spüren bekommen. Vor diesem Hintergrund ist das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, namentlich ein Ausgleich zwischen finanziellen, gesellschaftlichen und ökologischen Belangen, noch wichtiger.
- 2.4 Die angekündigte finanzielle Unterstützung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ist eine Belastung für künftige Generationen. Ressourcen und Chancen sollten im Einklang mit der Generationengerechtigkeit genutzt werden. In den Plänen zur Unterstützung der Wirtschaftsbranchen für die Zeit nach Covid-19 sollten die Klimaforderungen junger Menschen und ihr Recht auf eine gesündere und nachhaltigere Zukunft berücksichtigt werden.
- 2.5 Im von Kommissionspräsidentin von der Leyen angekündigten Aufbauplan² wird hervorgehoben, dass die wirtschaftliche Erholung auf den Grundsätzen des europäischen Grünen Deals fußen und sowohl Klimaschutz als auch Nachhaltigkeit gewährleisten muss. Der Aufbauplan hat das Potenzial, Anreize für Wandel zu schaffen.
- 2.6 David Boys, UN-Sonderberichterstatter über Menschenrechte und die Umwelt, betonte in seinem Aufruf³ von Mitte April, dass die Länder die Covid-19-Pandemie nicht als Vorwand für die Schwächung des Umweltschutzes und der Strafverfolgung in diesem Bereich heranziehen dürfen, nachdem einige Regierungen Pläne zur Herabsetzung von Umweltstandards und zur Aufweichung damit verbundener Maßnahmen wie Überwachung und Durchsetzung von Umweltauflagen angekündigt hatten.
- 2.7 Angesichts der globalen Umweltkrise vor der Covid-19-Pandemie sind diese Maßnahmen unvernünftig und unverantwortlich und gefährden die Rechte schutzbedürftiger Menschen und von Randgruppen. Derartige Entscheidungen könnten die Umweltzerstörung beschleunigen und negative Auswirkungen auf eine Vielzahl von Menschenrechten haben, so u. a. auf das Recht auf Leben, Gesundheit, Wasser, Kultur und Nahrung sowie auf das Recht auf das Leben in einer gesunden Umwelt zur Folge haben. Die Covid-19-Pandemie hat die Bedeutung einer sicheren, sauberen und nachhaltigen natürlichen Umwelt aufgezeigt.
- 2.8 Da die Umsetzung der SDG nun über den europäischen Grünen Deal erfolgen soll, sollte in diesem Zusammenhang grundsätzlich auch eine Debatte darüber angestoßen werden, wie ein Paradigmenwechsel hin zu einem verstärkt partizipativen Modell der Multi-Stakeholder-

² Europäische Kommission: [Die Stunde Europas – Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen](#) COM(2020) 456 final und Begleitdokument [Der EU-Haushalt als Motor für den Europäischen Aufbauplan](#).

³ <https://news.un.org/en/story/2020/04/1061772>.

Governance für nachhaltige Entwicklung bewirkt werden kann. Junge Menschen sollten bei diesem neuen Governance-Modell berücksichtigt und in die Lage versetzt werden, über reine Konsultationen und Ad-hoc-Sitzungen hinaus in strukturierter und formeller Weise am Beschlussfassungsprozess auf EU-Ebene mitzuwirken.

- 2.9 Jugendorganisationen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle, da sie über ihre weitreichenden Netzwerke die Interessen von Millionen junger Menschen in Europa und weltweit vertreten. Sie tragen entscheidend dazu bei, dass junge Menschen auf institutioneller Ebene nicht nur vertreten sind, sondern auch einen sinnvollen Beitrag zum Entscheidungsprozess leisten können.
- 2.10 Jugendorganisationen können viele weitere Rollen übernehmen. Jugendarbeit und nichtformales Lernen wirken sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung aus, da sie dazu dienen, kompetente junge Menschen heranzubilden, die einen aktiven gesellschaftlichen Beitrag leisten. Jugendorganisationen können auch dazu beitragen, der Stimme junger Menschen mehr Gehör zu verschaffen, um gemeinsam für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene einzutreten und die Regierungen und Institutionen für ihre Verpflichtungen zur Rechenschaft zu ziehen.
- 2.11 Gut funktionierende Mechanismen für die Beteiligung und Vertretung junger Menschen eröffnen die Möglichkeit einer Partnerschaft zwischen politischen Entscheidungsträgern, jungen Menschen und Jugendorganisationen bei der Gestaltung von Entscheidungen, die Auswirkungen auf das Leben junger Menschen haben. Diese Gelegenheit sollte unbedingt auch genutzt werden, um die Stabilität und Widerstandsfähigkeit unserer Demokratien zu gewährleisten, für die eine Beteiligung aller Gesellschaftsgruppen an Entscheidungsprozessen eine Grundvoraussetzung ist.
- 2.12 In allen Aspekten der Politik müssen die Auswirkungen auf junge Menschen und ihre Perspektiven, auch für künftige Generationen, berücksichtigt werden. Von Klimaschutzinvestitionen bis hin zur Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ sind junge Menschen bei der Berücksichtigung sozialer Aspekte und bei dem Bestreben, politische Maßnahmen „zukunftsstauglich“ zu machen, besonders wichtig.
- 2.13 In dieser Stellungnahme soll sondiert werden, wie eine formelle Zusammenarbeit mit jungen Menschen auf institutioneller Ebene aussehen könnte. Es sollen Bausteine für ein neues strukturiertes Konzept für die Beteiligung junger Menschen auf EU-Ebene geliefert werden. Schließlich sollen in der Stellungnahme auch Empfehlungen dazu formuliert werden, wie der EWSA junge Menschen besser in seine Arbeitsabläufe integrieren kann, um ihren Ideen besser Gehör zu verschaffen und dadurch die Botschaft des EWSA im Sinn der Generationengerechtigkeit zu formulieren.

3. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und der notwendigen Einbeziehung junger Menschen

- 3.1 Junge Menschen haben ein Mitspracherecht in Angelegenheiten, die sie betreffen. Das Recht auf Teilhabe ist in der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verankert, in der junge Menschen im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung als „entscheidende Träger des Wandels“ anerkannt werden.
- 3.2 Kein anderes Thema hat in den letzten Jahren weltweit mehr junge Menschen auf den Plan gerufen als der Klimawandel. Junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren machen 16 % der Weltbevölkerung aus, und ihre Zahl wird bis 2030 auf 1,3 Milliarden Menschen ansteigen. Die heute getroffenen Entscheidungen der Politik zum Klimawandel und anderen Umweltfragen werden sich auf künftige Generationen auswirken. Dabei geht es um den Grundsatz der Generationengerechtigkeit.
- 3.3 Junge Menschen haben die Energie, Kreativität und Motivation, um derzeitige nicht nachhaltige Modelle zu hinterfragen. Der von jungen Menschen betriebene gesellschaftliche Wandel geht über Generationen sowie kulturelle und geografische Grenzen hinaus. Junge Menschen, die weniger ideologischen und institutionellen Strukturen verhaftet sind, haben gezeigt, dass sie in der Lage sind, althergebrachte Denkweisen zu überwinden und innovative gesamtgesellschaftliche Lösungen zu entwickeln.
- 3.4 Durch den Klimawandel werden lebenswichtige Grundbedürfnisse – Obdach, Versorgung mit Nahrung und Wasser – infrage gestellt, weshalb er als die größte globale Bedrohung für die menschliche Gesundheit im 21. Jahrhundert gilt. Kinder und junge Menschen sind besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels. Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation zufolge werden mehr als 80 % der klimawandelbedingten Krankheiten, Beeinträchtigungen und Todesfälle Kinder betreffen. Auch reagieren Kinder empfindlicher auf die indirekten Folgen des Klimawandels wie Nahrungsmittelknappheit, Intergruppenkonflikte, wirtschaftliche Störungen und Migration. Die Schutzbedürftigkeit von Kindern ist durch die COVID-19-Pandemie verdeutlicht worden, da sie als abhängige Gruppe für den Virus anfällig sind.
- 3.5 Darüber hinaus ergeben sich im Zusammenhang mit dem Klimawandel auch psychosoziale Auswirkungen nicht nur durch ein unmittelbares Erleben seiner Folgen, sondern auch durch deren mittelbare Wahrnehmung sowie durch das Wissen um die bedrohte Zukunft. Weitreichende emotionale Reaktion auf den Klimawandel zeigen sich eindeutig auch in Ländern mit hohem Einkommen, die noch nicht von seinen unmittelbaren Folgen betroffen sind. Aus Umfragen geht hervor, dass viele junge Menschen Furcht, Traurigkeit oder Wut empfinden und sich machtlos fühlen.
- 3.6 Außerdem führt die Klimakrise zum Zusammenbruch unserer wirtschaftlichen und sozialen Unterstützungsstrukturen. Junge Menschen haben mit ernststen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und ökologischen Problemen zu kämpfen, die durch frühere Generationen verursacht wurden. Wirtschaftskrisen und die darauffolgenden Sparmaßnahmen

betreffen junge Menschen unverhältnismäßig stark. Die am stärksten benachteiligten jungen Menschen leiden unter prekären Verhältnissen und leben über längere Zeit in Armut. Zusätzlich können sich Faktoren wie sozioökonomischer Hintergrund, sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität und -ausdruck, ethnische Zugehörigkeit oder Rasse, Migrationsstatus, eine Behinderung und/oder ihr sonstiger Status als zusätzliches Hindernis erweisen und ihre Lebensbedingungen und den Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten erschweren.

4. Aus bestehenden Strukturen und Verfahren lernen

- 4.1 In den letzten achtzehn Monaten haben sich Kinder und Jugendliche aus der ganzen Welt an der Streikbewegung beteiligt und ihre Stimme erhoben, um Veränderungen einzufordern. Einige lassen sich von auf internationaler oder nationaler Ebene bekannten Aktivisten leiten; andere inspirieren sich gegenseitig; wieder andere können die anhaltende Unterstützung für eine Gesellschaft, in der die Devise „Wachstum um jeden Preis“ lautet, oder die Verwendung öffentlicher Gelder zur Unterstützung nicht nachhaltiger Praktiken, wie bspw. die Subventionierung fossiler Brennstoffe und andere umweltschädliche Subventionen, nicht länger dulden. Seit Beginn der „Fridays for Future“-Bewegung im August 2018 haben 13 Millionen junge Menschen in 228 Ländern an den Schulstreiks für das Klima teilgenommen⁴.

Einbeziehung junger Menschen auf nationaler Ebene

- 4.2 Einige EU-Mitgliedstaaten haben seither Mechanismen geschaffen, um Jugendvertreter in die Gestaltung der Klimapolitik einzubeziehen. Der dänische Jugendklimarat ist ein unabhängiges, jugendgeführtes Beratungsgremium des Klimaministers. Er trägt landesweit Beiträge junger Menschen zusammen und formuliert davon ausgehend konkrete politische Vorschläge an die Adresse des Ministers. Die Vorschläge werden dann in die politischen Prozesse einbezogen. So erhalten die jungen Menschen eine Möglichkeit der unmittelbaren Einflussnahme auf die Entwicklung der Klimapolitik. Darüber hinaus gibt es in einigen dänischen Städten Jugendklimaräte auf lokaler Ebene⁵.
- 4.3 Viele Jungunternehmer berücksichtigen von Anfang an die ökologischen und sozialen Aspekte ihrer Tätigkeiten. Geschäftsmodelle, die auf die Verringerung der Umweltauswirkungen abzielen, sollten auf nationaler Ebene beispielsweise durch Steuerbefreiungen und als positive Trends gefördert werden, um die Energie von Jungunternehmern zur Schaffung nachhaltiger Geschäftsmodelle zu mobilisieren.
- 4.4 Initiativen wie die „Grünen Schulparlamente“ in Ungarn, die Vorschläge in Umweltfragen an die Stadtverwaltungen richten, sind wesentlich, weil sie nicht nur zur Umwelterziehung beitragen, sondern Schulen auch Gelegenheit bieten, die Kontakte zu den Bürgern sowie zwischen Schulen und Eltern zu stärken.

⁴ Quelle: [Fridays for future: strike statistics](#).

⁵ Quelle: UN [Youth Climate Council](#).

Einbeziehung junger Menschen auf europäischer Ebene

- 4.5 Der EU-Jugenddialog ist ein partizipativer Prozess der EU, der jungen Menschen den Austausch mit Entscheidungsträgern über ein bestimmtes Thema ermöglicht, indem sie ihre Ideen und Vorschläge zu jugendpolitischen Themen in der EU einbringen. Mit dem Dialog, der einem 18-monatigen Arbeitszyklus folgt, wird die Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2019-2027 unterstützt.
- 4.6 Der Beratende Jugendrat des Europarates ist der nichtstaatliche Partner im Rahmen des Co-Management-Systems, in dem die Normen und Arbeitsprioritäten des Jugenddirektorats des Europarates festlegt und Empfehlungen für künftige Prioritäten, Programme und Haushaltsmittel formuliert werden. Er besteht aus 30 Vertretern nichtstaatlicher Jugendorganisationen und -netzwerke in Europa, und seine Hauptaufgabe besteht darin, das Ministerkomitee zu allen Fragen zu beraten, die junge Menschen betreffen. Über das Co-Management-System als bewährtes Verfahren für die Jugendpartizipation, -demokratie und -einbeziehung nimmt der Jugendrat an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen teil.

Einbeziehung junger Menschen auf UN-Ebene

- 4.7 Auf UN-Ebene ist die Hauptgruppe für Kinder und Jugendliche (UN MGCY) das von der UN-Generalversammlung beauftragte, offizielle, formelle und selbstorganisierte Gremium für eine effektive Einbindung junger Menschen im Rahmen der Vereinten Nationen. Die UN MGCY verfügt über Arbeits- und Koordinierungsstrukturen für verschiedene Aspekte ihrer Arbeit sowie über mehrere offizielle Mandate.
- 4.8 Im Klimabereich ist YOUNGO die offizielle Jugendvertretung im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). YOUNGO setzt sich aus Organisationen und Einzelpersonen zusammen, die sich als Vertreter junger Menschen betrachten, und ist keine Organisation, sondern vielmehr ein einheitlicher, offener und formeller Beteiligungsmechanismus für Gruppen und/oder Einzelpersonen, die damit Gelegenheit erhalten, regelmäßig in einem formalen, demokratischen und inklusiven Rahmen an den Prozessen der Klimarahmenkonvention mitzuwirken.
- 4.9 Die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung junger Menschen wurde am 21. September auf dem Jugendklimagipfel in New York anerkannt. Die „Kwon-Gesh-Initiative“ (Versprechen zur Einbeziehung junger Menschen), mit der die junge Generation aufgefordert wird, die Regierungen und Entscheidungsträger ihrer Länder zur Rechenschaft zu ziehen, wurde seit dem Gipfeltreffen von über 50 Staaten unterzeichnet.
- 4.10 Die Jugendstrategie 2030 der Vereinten Nationen zielt darauf ab, den Bedürfnissen junger Menschen gerecht zu werden, ihr Handeln zu fördern und ihre Rechte zu stärken sowie ihre Mitwirkung und Teilhabe an der Umsetzung, Überprüfung und dem Folgeprozess der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sowie anderer einschlägiger globaler Agenden und Rahmen sicherzustellen.

Lernen von anderen Plattformen

- 4.11 Die 2017 von der Kommission eingerichtete Multi-Stakeholder-Plattform für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in der EU, an der der EWSA aktiv teilnahm, leistete einen wichtigen Beitrag, wies aber deutlich Raum für Verbesserungen auf, bspw. im Hinblick auf ihre Mittelausstattung, die Sitzungshäufigkeit, die eigenständige Agendasetzung, die Möglichkeiten für einen ausführlicheren Austausch und eine stärkere Beteiligung der Mitglieder sowie die Erleichterung häufigerer, transparenter und inklusiver Konsultationen der Öffentlichkeit.
- 4.12 Die Europäische Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft (ECESP), die gemeinsam vom EWSA und der Europäischen Kommission betrieben wird, bietet einem breiten Spektrum von Interessenträgern Raum für den Austausch von bewährten Verfahren und Ideen sowie zum Aufbau wertvoller Netze. Von der Multi-Stakeholder-Plattform für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in der EU unterscheidet sich die ECESP insofern, als sie von den Interessenträgern eigenverantwortlich betrieben wird. Diesbezüglich sollte sie anderen Mechanismen für eine strukturierte Einbeziehung als Vorbild dienen.

5. Vision für eine sinnvolle Einbeziehung junger Menschen

Grundsätze

- 5.1 Es liegt auf der Hand, dass Jugendorganisationen kein Interesse an neuen Verfahren für ihre Einbindung in Prozesse haben, die sie ohnehin nicht für sinnvoll halten. Die Klimakrise hat tiefer liegende Ursachen und Lösungen müssen bei den grundlegenden Fragen ansetzen, in was für einer Gesellschaft wir in Zukunft leben wollen und wie das Wirtschaftsmodell zur Unterstützung unserer klimaneutralen Gesellschaft aussehen soll. Wenn das Ziel Systemwandel anstatt Klimawandel ist, muss wahrscheinlich mehr getan werden als junge Menschen lediglich über den Klimawandel aufzuklären und Jugendaktivismus zu fördern; vielleicht sollten eher die vielen Facetten, Formen, Räume und Ausdrucksweisen des Protests junger Menschen akzeptiert werden⁶. Daher sollte die Einbeziehung junger Menschen auch in horizontalen Bereichen, die eng mit einer wirksamen Klimapolitik verknüpft sind (wie z. B. finanzielle Fragen), gefördert werden.
- 5.2 Um eine sinnvolle Mitwirkung zu gewährleisten, sollten junge Menschen in den gesamten institutionellen Prozess (Vorbereitungsphasen, Umsetzung, Weiterverfolgung und Bewertung der Initiativen und politischen Verfahren) einbezogen werden. Bei vielen Konsultationsverfahren wird bereits durch den vorgegebenen Rahmen ein ungleiches Kräfteverhältnis geschaffen. Es ist wichtig, dass junge Menschen selbst die Regie für ihr Engagement übernehmen und gemeinsam mit institutionellen Interessenträgern an der Agendasetzung mitwirken können.
- 5.3 Zunächst wäre es sinnvoll zu ermitteln, welche Hindernisse der Beteiligung junger Menschen im Wege stehen. Dabei kann es sich um rechtliche oder administrative Hürden oder aber um fehlendes Wissen oder mangelnden Zugang zu Informationen über die Mechanismen der

⁶ Quelle: Ecology and Society: [Exploring youth activism on climate change: dutiful, disruptive, and dangerous dissent.](#)

Jugendpartizipation und -vertretung handeln. Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Hemmnisse, die einer Beteiligung junger Menschen entgegenstehen, sollten ebenfalls angegangen werden. Die Rolle informeller Gespräche und des informellen Informationsaustauschs über Soziales und Kultur beispielsweise im Freundeskreis oder in der Familie sollte nicht unterschätzt werden. Die Teilhabe sollte eindeutig als Teilnahme aller verstanden werden.

- 5.4 Es steht außer Frage, dass Mittel benötigt werden, um den Aufbau der erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu unterstützen und Chancengleichheit mit Blick auf eine sinnvolle Teilhabe zu gewährleisten sowie um junge Menschen zu unterstützen, die sich an Mechanismen der Jugendpartizipation und -vertretung beteiligen. Die Regierungen und einschlägigen Stellen sollten ausreichende, strukturelle, verlässliche und tragfähige Ressourcen sowie die notwendige politische Unterstützung für Jugendorganisationen bereitstellen, damit sie sich an Mechanismen der Jugendpartizipation und -vertretung beteiligen können.
- 5.5 Die Jugendklimabewegung und ihre Aktivistinnen und Aktivisten haben ein Recht darauf, sich in den Entscheidungsprozessen, die sich auf ihr Leben auswirken werden, Gehör zu verschaffen. Das ist unbestreitbar Teil der Generationengerechtigkeit im Rahmen der Klimagerechtigkeit.
- 5.6 Die EU muss weiterhin eine Vorreiterrolle bei der innovativen Zusammenarbeit mit den Interessenträgern übernehmen. Als institutionelle Vertretungsinstanz der Zivilgesellschaft bietet sich der EWSA als Mittler und Partner bei der Verwirklichung einer strukturierten Einbeziehung an.

Konkreter Vorschlag

- 5.7 Auf europäischer Ebene hat der EWSA wiederholt festgestellt⁷, dass eine strukturierte zivilgesellschaftliche Teilhabe notwendig ist und im Rahmen eines klaren Mandats zur Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entwicklung, Umsetzung und Überwachung von Maßnahmen und Strategien zur Erreichung von Klimaneutralität sichergestellt werden sollte. Die EU hat derzeit die Möglichkeit zur Schaffung von Beteiligungsmechanismen im Rahmen eines europäischen Klimapakts. Ein Mechanismus zur Einbeziehung junger Menschen in Klima- und Nachhaltigkeitsfragen sollte ein fester Bestandteil dieses Pakts sein und von Jugendorganisationen unterstützt werden.
- 5.8 Die Entscheidungsträger der EU sollten Raum für einen regelmäßigen und sinnvollen Dialog mit jungen Menschen über politische Vorschläge und Strategien in den Bereichen Klima und Nachhaltigkeit schaffen. Zweimal jährlich sollten auf Initiative des ersten Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdebatten in Brüssel stattfinden.
- 5.9 Diese Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdebatten sollten vom EWSA in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament ausgerichtet werden.

⁷

Siehe EWSA-Stellungnahme zum Thema „Förderung von Klimaschutzmaßnahmen nichtstaatlicher Akteure“, [ABl. C 227 vom 28.6.2018, S. 35](#) und die EWSA-Stellungnahme zum [Europäischen Klimapaket](#) (noch nicht im ABl. veröffentlicht).

- 5.10 Die aus den Debatten hervorgehenden Beiträge junger Menschen sollten zusammengetragen und dem EP und der Kommission offiziell übermittelt werden, die sich jeweils schriftlich dazu äußern und erläutern, welche Vorschläge umgesetzt werden können – und welche nicht und aus welchen Gründen. Die Debatten sollten nicht zu einem „Debattierclub“ werden, sondern Ausdruck einer sinnvollen Einbeziehung und Wahrnehmung durch die politischen Entscheidungsträger sein.
- 5.11 Neben Vertretern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments könnten auch einschlägige Vertreter des Ratsvorsitzes eingeladen werden. So könnten junge Menschen einen Dialog mit dem Rat der EU aufnehmen. Die Debatten könnten zeitlich auf den turnusmäßigen Wechsel des Vorsitzes abgestimmt werden, damit junge Menschen einen echten Einfluss auf die Agenda des Vorsitzes nehmen können.
- 5.12 Um einen Kanal für die Kommunikation mit den jungen Menschen zu schaffen, sollte eine „Mailingliste für den Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdialog“ erstellt und von den Moderatoren der Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdebatten verwaltet werden; als Beispiel kann die Jugendvertretungsorganisation im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention dienen. Alle jungen Klimaschutzakteure können sich auf diese Mailingliste setzen lassen, mit der eine gute Kommunikation und der Informationsaustausch innerhalb der Gruppe und mit den Institutionen erleichtert werden soll.
- 5.13 Die Entscheidungsträger der EU sollten für eine hochwertige Beteiligung von Jugendorganisationen an der Entwicklung, Umsetzung und Weiterverfolgung verschiedener Mechanismen für die strukturierte Einbeziehung junger Menschen in Klima- und Nachhaltigkeitsfragen im Rahmen der Beschlussfassungsprozesse in der EU sorgen. Dadurch würde eine Teilhabe ermöglicht, mit der die Kreativität und die Ideen junger Menschen gefördert werden und gleichzeitig sichergestellt wird, dass diese Ideen in politische Maßnahmen überführt werden.

6. Praktische Umsetzung der Vision durch alle EU-Institutionen

EU-Institutionen

- 6.1 Dutzende engagierte Jugenddelegierte aus der ganzen Welt nehmen an den jährlichen Klimakonferenzen teil, um Empfehlungen auszusprechen, auf die Delegierten einzuwirken, Fortschritte zu verfolgen, Nebenveranstaltungen zu organisieren und an ihnen teilzunehmen und ihre Netzwerke auszubauen. Mit der Aufnahme einer/eines Jugenddelegierten in die Delegation der EU für die Vertragsstaatenkonferenzen der UN-Klimarahmenkonvention würde ein klares Zeichen dafür gesetzt, dass die EU es mit der effektiven Einbeziehung junger Menschen ernst meint.
- 6.2 Das Übereinkommen von Aarhus, das auch von der Europäischen Union unterzeichnet wurde, sollte uneingeschränkt durchgesetzt werden, um so jungen Menschen und Jugendorganisationen von Nutzen zu sein und ihnen den Zugang zum Gerichtshof der Europäischen Union zu

erleichtern, damit ihr Recht auf Erhalt von Umweltinformationen von den Behörden bzw. ihr Recht auf Beteiligung an Entscheidungsverfahren in Umweltangelegenheiten gewahrt wird⁸.

- 6.3 Junge Menschen und Jugendorganisationen sollten in die Reaktionsmaßnahmen der EU auf die Covid-19-Krise einbezogen werden, um auf grundlegende Veränderungen in unseren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systemen hinzuarbeiten, in deren Mittelpunkt die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung stehen. Diese Grundsätze müssen bei der Umsetzung des im April 2020 angekündigten Krisenbewältigungspakets in Höhe von 500 Mrd. EUR im Mittelpunkt stehen. Dies ist eine einmalige Gelegenheit, um systemische Ungleichheiten auszumerzen und die Abkehr von nicht nachhaltigen Praktiken einzuleiten.
- 6.4 Jugendorganisationen müssen durch Kapazitätsaufbau bei der Überwindung regulatorischer und administrativer Hemmnisse unterstützt werden. Durch den Aufbau von Kapazitäten, finanzielle und politische Unterstützung und die Erleichterung von Vernetzung und Kontakten kann die Handlungsfähigkeit junger Menschen gestärkt und ihre Einbindung in die Beschlussfassung erleichtert werden.

Der EWSA

- 6.5 Der EWSA sollte mit gutem Beispiel vorangehen und eine(n) Jugenddelegierte(n) in seine Delegation für die Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention aufnehmen, die in der EU-Delegation über einen Beobachterstatus verfügt. Diese(r) Jugenddelegierte würde an bilateralen Sitzungen des EWSA und Nebenveranstaltungen teilnehmen. Er/sie könnte Jugendorganisationen und -netzen, auch dem Netz der Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdebatten, das Verfahren und die Ergebnisse vermitteln und würde von der Sekretariatsunterstützung profitieren, die der EWSA für diese Dienstreisen bereitstellt.
- 6.6 Der EWSA könnte sich dazu verpflichten, bei allen EWSA-Stellungnahmen zu Klima- und Nachhaltigkeitsfragen mit einem Jugendvertreter zusammenzuarbeiten. Diese(r) Vertreter(in) würde dem Berichterstatter einen Beitrag mit den Standpunkten junger Menschen vorlegen und eingeladen, ggf. bei einer Anhörung oder in einer Studiengruppen- oder Fachgruppensitzung einen Beitrag zu leisten. Der/die Jugendvertreter(in) würde vom Berichterstatter des EWSA auf der Grundlage von Empfehlungen der Moderatoren des Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdialogs ausgewählt. Diese Rolle könnte als eine Art informeller Schattenberichterstatter ausgelegt werden.
- 6.7 Der EWSA hat bereits damit begonnen, Jugendvertretern Gelegenheit zu geben, regelmäßig bei öffentlichen Veranstaltungen zu Klima- und Nachhaltigkeitsfragen zu Wort zu kommen. In der nächsten Mandatsperiode soll diese Praxis auf alle öffentlichen Veranstaltungen ausgeweitet werden, die zukunftsorientierte Themen betreffen und von den Beiträgen junger Menschen profitieren würden.
- 6.8 Der gemeinsam vom EWSA und dem Europäischen Parlament veranstaltete Europäische Jugendklimagipfel könnte zu einer jährlichen Veranstaltung für junge Menschen werden. Diese

⁸ Stellungnahme des EWSA zum „Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten“, [ABl. C 129 vom 11.4.2018, S. 65](#).

Veranstaltung kann dazu beitragen, die Interessenvertretung junger Menschen zu verbessern, zum Aufbau von Kapazitäten und zur Stärkung der Handlungskompetenz junger Menschen beizutragen und Verbindungen zwischen den EU-Institutionen aufzubauen, was für eine sinnvolle, strukturierte und dauerhafte Einbeziehung junger Menschen in den Entscheidungsprozess der EU von entscheidender Bedeutung wäre.

- 6.9 Der EWSA fordert das Europäische Parlament auf, bei der Ausarbeitung seiner Standpunkte zu politischen Vorschlägen in den Bereichen Klima und Nachhaltigkeit ebenfalls einen formellen Konsultationsprozess mit Jugendvertretern einzurichten.
- 6.10 Der EWSA könnte seine Zusammensetzung zukunftsfähig gestalten, indem er dafür sorgt, dass im EWSA ausreichend Jugendorganisationen vertreten sind und dass Erfahrungen und Wissen mit den Jugendabteilungen der Mitgliederorganisationen geteilt werden. Viele Mitgliedsorganisationen des EWSA verfügen über Jugendabteilungen; mehr Mitglieder sollten aktiv mit potenziellen künftigen Mitgliedern aus den Jugendabteilungen ihrer Organisationen zusammenarbeiten. Der EWSA wird auch künftig über seine erfolgreiche Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ für die Teilhabe junger Menschen sorgen. Obgleich die Veranstaltung dieses Jahr aufgrund von COVID-19 vertagt werden musste, wird sie im nächsten Jahr erneut mit Schwerpunkt auf Klima und Nachhaltigkeit stattfinden.

7. Eine positive Vision für die Zukunft geltend machen

- 7.1 Die schlimmsten Folgen der Klimakrise sind für die meisten Europäerinnen und Europäer immer noch einige Jahre entfernt. Die COVID-19-Pandemie veranschaulicht, was passieren kann, wenn Wissenschaftler und Experten nicht gehört werden. Ferner hat sie gezeigt, dass wissenschaftlich fundierte politische Maßnahmen wirksam zur Krisenbewältigung beitragen können. Diese Lehre muss auf die Klimakrise übertragen werden: Noch können wir einige der schlimmsten Folgen abwenden und uns für den Rest wappnen.
- 7.2 Bei der Gestaltung und Umsetzung der Konjunkturprogramme zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie müssen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsverpflichtungen weiterhin Priorität haben. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und das Übereinkommen von Paris bilden die Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit in diesen Fragen, und der europäische Grüne Deal muss gestärkt werden, damit die nachhaltige klimaneutrale Gesellschaft der Zukunft geschaffen werden kann, die der Verpflichtung der Generationengerechtigkeit gerecht wird.
- 7.3 Die Jugendbewegung hat sich während des Lockdowns aufgrund der Pandemie als sehr anpassungsfähig erwiesen. Ihre Botschaft ist zu vernehmen, sei es durch Online-Mobilisierung oder innovative Verbreitungswege unter Nutzung aller Formen der Kommunikation von politischen Forderungen bis hin zu Humor. Dieser innovative und ehrgeizige Ansatz für die Gestaltung unserer Zukunft muss anerkannt und berücksichtigt werden.

- 7.4 Eine positive Zukunftsvision scheint durch die ansonsten furchtbaren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie hindurch. Die am geringsten bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserer Wirtschaft werden als besonders wichtig anerkannt. Unsere Arbeitskräfte sind flexibler als angenommen. Der engere Kontakt zur Familie und zu unserem unmittelbaren Umfeld ist sehr bereichernd und wertvoll. Uns ist stärker bewusst geworden, dass der Kontakt zur Natur sich positiv auf die Gesundheit und das Wohlbefinden auswirken kann. Wir haben jetzt die Gelegenheit, dafür zu sorgen, dass wir uns die positiven Lehren als wesentliche Elemente der neuen Normalität zu eigen machen.

Brüssel, den 18. September 2020

Luca JAHIER
Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
